Änderung des Sozialgesetzes; Optimierungen im Bereich Sozialhilfe

Änderung vom [Datum]

Der Kantonsrat von Solothurn

gestützt auf Artikel 95 Absatz 1 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986¹⁾

nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom ... (RRB Nr. 2018/...)

beschliesst:

I.

Der Erlass Sozialgesetz (SG) vom 31. Januar 2007²⁾ (Stand 1. Januar 2019) wird wie folgt geändert:

§ 14 Abs. 1 (geändert), Abs. 1^{bis} (neu), Abs. 1^{ter} (neu), Abs. 3 (geändert), Abs. 3^{bis} (neu), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert)

Rückerstattung rechtmässiger Sozialhilfeleistungen (Sachüberschrift geändert)

¹⁾ Personen, die Geldleistungen der Sozialhilfe erhalten haben, sind zur Rückerstattung verpflichtet, sofern

- a) (neu) Geldleistungen der Sozialhilfe trotz Vermögen gewährt werden und die betreffenden Vermögenswerte realisiert wurden oder realisierbar sind;
- b) (neu) Geldleistungen der Sozialhilfe als Vorschuss im Hinblick auf Leistungen einer Sozialversicherung, einer Privatversicherung, haftpflichtiger Dritter oder anderer Dritter gewährt werden und die betreffenden Ansprüche realisiert wurden;
- c) (neu) infolge von Einkünften aus Erbschaft, Lotteriegewinn oder anderen nicht auf eigene Arbeitsleistung zurückzuführenden Gründen finanziell günstige Verhältnisse vorliegen;
- d) (neu) infolge von Einkünften aus eigener Arbeitsleistung derart günstige Verhältnisse vorliegen, dass ein Verzicht auf Rückerstattung als unbillig erscheint.

^{1bis} Sofern Geldleistungen der Sozialhilfe als Vorschuss im Hinblick auf Leistungen einer Sozialversicherung, einer Privatversicherung, haftpflichtiger Dritter oder anderer Dritter gewährt worden sind, kann das vorschussleistende Gemeinwesen verlangen, dass ihm rückwirkende Leistungen im rückerstattungspflichtigen Umfang direkt ausbezahlt werden.

^{1ter} Die Rückerstattungsforderungen sind unverzinslich.

¹⁾ BGS [111.1](#).

²⁾ BGS [831.1](#).

[Geschäftsnummer]

³ Im Bereich der kommunal getragenen Sozialhilfe klären die Einwohnergemeinden periodisch die Voraussetzungen der Rückerstattung ab. Sind die Voraussetzungen erfüllt, streben sie den Abschluss einer Vereinbarung über die Rückerstattung und deren Modalitäten an. Kommt keine Vereinbarung zustande, verfügt die Einwohnergemeinde die Rückerstattung. Die Amtschreiberei zeigt der Prüfstelle die Inventare über den Vermögensnachlass an.

^{3bis} Im Bereich der kantonal getragenen Sozialhilfe nimmt der Kanton die Aufgaben gemäss Absatz 3 wahr.

⁴ Kindern und Jugendlichen während deren Unmündigkeit und bis zum Abschluss der ordentlichen Erstausbildung oder während der Dauer der Teilnahme an einer beruflichen oder sozialen Integrationsmassnahme ausgerichtete oder mit Gegenleistungen abgegoltene Sozialhilfeleistungen sind nicht zurückzuerstatten.

⁵ In Härtefällen kann auf die Rückerstattung ganz oder teilweise verzichtet werden.

§ 14^{bis} (neu)

Rückerstattung rechtmässiger Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien

¹ Personen, denen Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien als Vorschuss im Hinblick auf Leistungen einer Sozialversicherung, einer Privatversicherung, haftpflichtiger Dritter oder anderer Dritter gewährt worden sind, haben diese zurückzuerstatten, sofern die betreffenden Ansprüche realisiert wurden.

² Der Kanton klärt periodisch die Voraussetzungen der Rückerstattung ab. Sind die Voraussetzungen erfüllt, strebt er den Abschluss einer Vereinbarung über die Rückerstattung und deren Modalitäten an. Kommt keine Vereinbarung zustande, verfügt der Kanton die Rückerstattung.

³ Im Übrigen ist § 14 Absätze 1^{ter} und 5 dieses Gesetzes sinngemäss anwendbar.

§ 148 Abs. 2 (geändert)

² Sozialhilfe setzt aktive Mitwirkung der hilfeschenden Person voraus und beruht auf dem Prinzip der Gegenleistung. Sie kann an Bedingungen und Auflagen gebunden werden, insbesondere daran,

- e) (geändert) die Geldleistung für einen bestimmten Zweck zu verwenden;
- f) (neu) sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, wobei die Einwohnergemeinde einen Arzt bezeichnen kann.

§ 150 Abs. 3 (geändert)

³ Geldleistungen dürfen weder gepfändet noch abgetreten noch mit Gegenforderungen der Gemeinde verrechnet oder zur Bezahlung von Schulden verwendet werden. Vorbehalten bleibt § 164 Absatz 2^{ter} Buchstabe b.

§ 153 Abs. 2 (aufgehoben)

² Aufgehoben.

[Geschäftsnummer]

§ 164 Abs. 1 (geändert), Abs. 2^{bis} (neu), Abs. 2^{ter} (neu), Abs. 2^{quater} (neu), Abs. 2^{quinquies} (neu), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (neu)

¹ Unrechtmässig, insbesondere aufgrund einer Verletzung der Auskunftspflicht und Meldepflichten, erwirkte Geldleistungen sind zurückzuerstatten.

^{2bis} Personen, die in ungerechtfertigter Weise Geldleistungen erhalten haben, sind zur Rückerstattung der Bereicherung verpflichtet. Die Artikel 62 Absatz 2 und Artikel 63-66 des Obligationenrechts¹⁾ sind sinngemäss anwendbar.

^{2ter} Unrechtmässig bezogene Geldleistungen der Sozialhilfe und unrechtmässig bezogene Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien gemäss den Absätzen 1 und 2

- a) sind zu 5 Prozent ab dem Zeitpunkt des Bezugs zu verzinsen, sofern keine Rückerstattungsvereinbarung gemäss den Absätzen 2^{quater} oder 2^{quinquies} abgeschlossen werden kann, und
- b) können bei laufender Unterstützung zeitlich befristet mit dieser verrechnet werden, wobei
 1. bei Geldleistungen der Sozialhilfe der Verrechnungsbetrag 30 Prozent des Grundbedarfs nicht überschreiten darf,
 2. bei Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien der Verrechnungsbetrag 20 Prozent des allgemeinen Lebensbedarfs gemäss Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a ELG nicht überschreiten darf.

^{2quater} Der Kanton klärt periodisch die Voraussetzungen der Rückerstattung ab. Sind die Voraussetzungen erfüllt, strebt er den Abschluss einer Vereinbarung über die Rückerstattung und deren Modalitäten an. Kommt keine Vereinbarung zustande, verfügt der Kanton die Rückerstattung.

^{2quinquies} Im Bereich der kommunal getragenen Sozialhilfe sind die Einwohnergemeinden für die periodische Prüfung der Voraussetzungen der Rückerstattung und die Durchführung des Rückerstattungsverfahrens zuständig. Das Vorgehen richtet sich nach Absatz 2^{quater}.

⁴ In Härtefällen kann auf die Rückerstattung ganz oder teilweise verzichtet werden.

⁵ Verjährung und Verwirkung richten sich sinngemäss nach § 15 dieses Gesetzes.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Die Änderung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

¹⁾ SR [220](#).

[Geschäftsnummer]

Solothurn, ...

Im Namen des Kantonsrates

Urs Ackermann
Präsident

Dr. Michael Strebel
Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt dem ... Referendum.